

## Leitantrag 2015 des KAB Diözesanverbandes Eichstätt e.V.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37  
38

### **Nachhaltig leben und arbeiten in einer gerechten Gesellschaft**

Die KAB hat die Vision von einer gerechten, solidarischen Gesellschaft, in der alle nachhaltig leben und arbeiten. Deshalb lässt uns die weltweit zunehmende Spaltung zwischen Arm und Reich - sowohl zwischen den Nationen, als auch innerhalb der einzelnen Länder, so auch in Deutschland - nicht kalt.

Die Soziale Ungleichheit wächst von Jahr zu Jahr und wird eine immer größere Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaften. 2016 wird 1 Prozent der Bevölkerung genauso viel Vermögen besitzen wie der Rest der Welt zusammen. Während die einen also mehr haben, als sie in einem Leben je verbrauchen können, kämpfen Millionen Menschen um das tägliche Überleben, darum, ihre Kinder zur Schule schicken zu können oder Zugang zur Gesundheitsfürsorge zu bekommen.

Die Konzentration von Vermögen und Reichtum in den Händen von wenigen führt dazu, dass eine kleine Elite an Einfluss gewinnt und so Politik, Regeln und Gesetze zu ihren Gunsten und nicht nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit gestaltet werden (Vgl. Oxfam - Studie vom 16.1.2015).

Wir fordern,

- nationale und internationale Steuersysteme fair zu gestalten,
- Steuerschlupflöcher und Steueroasen zu schließen, damit Unternehmen und Einzelpersonen ihren fairen Steueranteil zahlen, und damit ihre Verantwortung für das Gemeinwohl wahrnehmen
- Steuereinnahmen in öffentliche Infrastruktur, die sozialen Sicherungssysteme, Bildung und Gesundheit zu investieren,
- dafür zu sorgen, dass für Arbeit auch faire Löhne gezahlt werden,
- die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern zu schließen,
- Politik für ihre Bürger/-innen zu machen – nicht für einige wenige!

### **1. Nachhaltigkeit - Bewahrung der Schöpfung**

Die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise ist ungerecht, unsolidarisch und vernichtet lebenswichtige Ressourcen. Sie leistet der Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen Vorschub. Gewinne werden privatisiert, Kosten werden sozialisiert. Als Folge dieser räuberischen Wirtschaftsweise hat sich unser Klima massiv erwärmt und wird sich weiter erwärmen: Gletscher schmelzen, Wüsten breiten sich aus, der Meeresspiegel steigt an, die Weltmeere erwärmen sich und versauern, täglich sterben Arten aus, Plastik reichert sich überall an und die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen werden zerstört. Damit verbunden sind weltweite Konflikte um wertvolles

39 Ackerland, Bodenschätze, Energieressourcen und Wasser. Diese Konflikte sind bereits  
40 erkennbar und verschärfen sich dramatisch: Kriege, Flucht, Vertreibung.

41 Nur eine ökologisch nachhaltige Wirtschaftsweise wird in Zukunft auch eine soziale,  
42 zukunftsfähige Wirtschaftsweise sein für das Leben und Über-Leben nachfolgender  
43 Generationen.

44 Wir als Verbraucher entscheiden täglich durch unser Kaufverhalten dabei mit. Bereits  
45 im Buch Genesis legte Gott, der Herr, unsere Welt in die Verantwortung des Menschen:  
46 Er soll die Erde bebauen und hüten wie ein Gärtner und Hüter des Landes (vgl. Gen  
47 2,15). "Bebauen und Bewahren" heute heißt: Wir müssen nachhaltig leben und arbeiten.  
48 Die Bewahrung der Schöpfung für uns und unsere Kinder als natürliche  
49 Lebensgrundlage muss zu einem zentralen Organisationsprinzip von Wirtschaft und  
50 Gesellschaft werden.

51 Daher fordern wir von den politisch Verantwortlichen, Rahmenbedingungen zu  
52 schaffen, die unsere begrenzten natürlichen Ressourcen auch für nachfolgende  
53 Generationen sichern, die Industrie und Wirtschaft zu einem nachhaltigen und  
54 Ressourcen schonenden Produzieren bestimmt und die der Befriedigung der  
55 Grundbedürfnisse aller Menschen Vorrang vor Profitmaximierung einräumt.

56 Das Gesamtwirtschaftssystem soll von einer monetären und quantitativen  
57 "Wachstumsorientierung" hin zu mehr "Gemeinwohl", Glück und Zufriedenheit  
58 umgebaut werden. Insbesondere in alternativen Ansätzen wie der  
59 "Gemeinwohlökonomie" (Christian Felbinger) oder der "Postwachstumsökonomie"  
60 (Nico Paech) sehen wir gute Ideen.

61 Wir fordern eine zweckgebundene Abgabe auf Energie und Umweltverbrauch, die nur  
62 für ökologische Maßnahmen verwendet wird.

63 Wir befürworten eine umfassende ökologische Steuerreform, die ein Umsteuern in  
64 Wirtschaft und menschlichem Verhalten in Gang setzt. Wir fordern eine strikte  
65 Anwendung des Verursacherprinzips. Wer auch immer die natürlichen  
66 Lebensgrundlagen schädigt, muss für die Folgen seines Handelns zur Rechenschaft  
67 gezogen werden und anfallende gesellschaftliche Kosten für Sanierung, Naturschutz und  
68 dringend benötigte Vorsorgemaßnahmen aufbringen.

69 Wir stehen für ein umweltbewusstes, wirtschaftliches Handeln, das auf  
70 umweltschonende Technologien, die deutliche Einsparung von nichterneuerbaren  
71 Ressourcen, die Vermeidung von Plastik, die Verwendung erneuerbarer Energien wie  
72 Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse und die Wiederverwertbarkeit von  
73 Verbrauchsgütern abzielt. Besonders das "Wirtschaften ohne Abfall" (cradle to cradle)  
74 ist einzubeziehen. Der Umgang mit jeglicher Gentechnik muss ethisch verantwortbar  
75 sein. Die globale Wirtschaft muss umweltverträglich, sozial und gerecht gestaltet  
76 werden (vgl. Grundsatzprogramm der KAB Deutschlands Nr.81).

77 Die KAB Eichstätt wird deshalb ihr Umweltbildungsprogramm konsequent weiter  
78 ausbauen.

79

## 80 **2. Internationale Solidarität: Die Würde des Menschen ist universell und unteilbar**

81 Jeder Mensch hat Anspruch auf fundamentale Lebensrechte. Das bedeutet  
82 Nahrungssicherheit, Wasser, Hygiene, Gesundheit und Bildung. Unser Planet Erde bildet  
83 die Lebensgrundlage für bis zu 10 Milliarden Menschen. Jedoch beanspruchen 20 % der  
84 Reichen in den Industriestaaten 80% der Ressourcen und des Wohlstandes. Unser  
85 Wohlstand in Deutschland baut auf dem Ressourcenreichtum Afrikas und Asiens und auf  
86 der Arbeitsleistung der Menschen dort auf. ( Nach Gerd Müller, Bundesminister für  
87 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.)

88 Damit allen Arbeitnehmern/-innen sowie ihren Familien ein menschenwürdiges Leben  
89 ermöglicht werden kann, ist die Solidarität zwischen Arbeitnehmern/innen aus Nord  
90 und Süd essentiell.

91 Von den Staaten und der Staatengemeinschaft fordern wir ein viel stärkeres  
92 verantwortungsbewusstes soziales Handeln. Dabei muss soziale Globalisierung im  
93 Vordergrund stehen. Schaffung sozialer Gerechtigkeit, eine Grundforderung der  
94 katholischen Soziallehre muss viel stärker die Leitlinie für notwendige Veränderungen  
95 sein. Die Strukturen der Weltwirtschaft müssen darauf hin ausgerichtet sein.  
96 Globalisierung darf nicht allein der Gewinnmaximierung dienen.

97

### 98 **2a) Internationale Solidarität:**

99 Unsere KAB bemüht sich durch die Partnerschaft mit der KAB in Kenia einen Beitrag  
100 dazu zu leisten. Als Christen sehen wir dort die Menschen und ihre Familien, ihr soziales  
101 und politisches Umfeld. Mit unseren Projekten wollen wir nicht nur finanzielle Hilfe  
102 leisten, sondern die Menschen in die Lage versetzen, ihre Situation selbst zu meistern  
103 und zu verbessern. Wichtig sind uns auch die Bildungsarbeit und der Aufbau der  
104 Verbandsstrukturen vor Ort. Mit unserer Arbeit im Verein Weltnotwerk der Diözese  
105 Eichstätt sind wir Teil einer weltumspannenden Solidarität. In den nächsten Jahren  
106 wollen wir mit Unterstützung unserer Mitglieder im Verein und im Diözesanverband die  
107 Partnerschaft intensivieren, uns besser kennenlernen, gegenseitig helfen und  
108 voneinander lernen.

109 Ein wichtiger Teil unserer Arbeit in den KAB - Gruppen muss auch in Zukunft eine  
110 Bewusstseinsbildung sein, über die vielschichtigen Auswirkungen der weltweiten  
111 kapitalistischen Wirtschaftsweise auf die Arbeitswelt und unser Zusammenleben und  
112 die ökologischen Folgen der westlichen Konsumgesellschaften.

113

## 114 **2 b) Umgang mit Flüchtlingen – Asylproblematik**

115 Vor unseren Augen spielt sich ein Drama unvorstellbaren Ausmaßes ab. Statt fair zu  
116 teilen und in Frieden zu leben spaltet sich die Welt weiter. Wir stehen vor dem  
117 Scherbenhaufen globaler Krisen. Leidtragende sind vor allem die Armen und die  
118 Flüchtlinge, denen eine lebenswerte Zukunft geraubt wird. Kein Mensch flüchtet gerne!  
119 Deutschland hat eine besondere geschichtliche Verantwortung gegenüber Menschen auf  
120 der Flucht. Ungerechte Macht- und Herrschaftsstrukturen führen zu Ausschluss,  
121 Resignation, Vertreibung und Flucht. Hunger, Ohnmacht, Kriege um Macht, Einfluss und  
122 Ressourcen drohen zum Kennzeichen des 21. Jahrhunderts zu werden.

123 So wie bereits die heilige Familie als Flüchtlinge Aufnahme in Ägypten fand, sind auch  
124 wir verpflichtet, im Fremden und Flüchtigen unseren Bruder und unsere Schwester zu  
125 sehen und aufzunehmen, denn Jesus sagt: "Wer einen von diesen aufnimmt, nimmt mich  
126 auf."

127 Mit größter Besorgnis sehen wir das Anwachsen und die Auswüchse von  
128 Fremdenfeindlichkeit.

129 Wir erklären mit Nachdruck, dass jede Sympathie für solche Einstellungen oder sogar  
130 eine Beteiligung an fremdenfeindlicher Hetze dem christlichen Glauben widerspricht.  
131 Rassistische Menschenverachtung steht in unversöhnlichem Gegensatz zur  
132 Menschenwürde und Geschwisterlichkeit aller Menschen, die in Gott, dem Schöpfer,  
133 ihren Grund haben. Die Europäische Union sieht sich als Wertegemeinschaft, gleichzeitig  
134 macht sie sich durch das "Nicht-Helfen" mitschuldig an dem Tod tausender Flüchtlinge,  
135 die auf dem Weg in die EU sterben.

136 Kein Christ sollte Verunglimpfungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger  
137 dulden oder gewaltsamen Übergriffen tatenlos zusehen. Wir Christen sollten uns  
138 vielmehr mit Zivilcourage einmischen. Christliche Gemeinden sollten stets ein offener  
139 Raum für Menschen sein, die fern ihrer Heimat zu leben gezwungen sind. Gerade wir  
140 Christen schulden ihnen Verständnis und Solidarität.

141 Deshalb fordert die KAB Eichstätt die gefahrenfreie Einreise für schutzsuchende  
142 Flüchtlinge, den Transport von Bootsflüchtlingen in den nächsten sicheren Hafen, keine  
143 Verfolgung von helfenden Seeleuten, keine Schnellverfahren durch FRONTEX auf hoher  
144 See, das Ende der Inhaftierung von Flüchtlingen und die Revision des Dublin-II-  
145 Abkommens.

146 Wir erwarten von den politisch Verantwortlichen, jeder Form von Fremdenfeindlichkeit  
147 mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entschlossen entgegenzutreten. Aber auch  
148 demokratische Strukturen in den Herkunftsländern müssen unterstützt werden. Wir  
149 dürfen den anderen Ländern die Lebensgrundlagen nicht entziehen, was zu Flucht und  
150 Migration beiträgt. Deutschland benötigt endlich ein politisches Gesamtkonzept für die  
151 Zuwanderung. Die Zahl der anerkannten Asylbewerber darf nicht beschränkt werden.

152 Wir brauchen eine gezielte Integrationspolitik, die mehr als den wirtschaftlichen oder  
153 demographischen Nutzen von Zuwanderern in den Vordergrund stellt. Die damit  
154 verbundene politische und kulturelle Aufgabe muss in den Blick kommen. Daran wird  
155 sich die Lebensqualität für alle in unserem Land und seine Zukunftsfähigkeit  
156 entscheiden.

157 Der Diözesanverband Eichstätt wird im Rahmen seiner Bildungsarbeit verstärkt dazu  
158 beitragen das Bewusstsein innerhalb und außerhalb der KAB zu schaffen für eine  
159 Willkommenskultur für Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten.

160

### 161 **3. Prekäre Arbeitsverhältnisse**

162 Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Einführung der Hartz IV- Gesetze  
163 2003 wurde eine Prekarisierung des Arbeitsmarktes und damit großer Teile der  
164 Erwerbstätigen herbeigeführt. (prekär = unsicher, schwierig, problematisch)

165 Minijobs, befristete Arbeitsverhältnisse, Zeitarbeit, Leiharbeit und Werkverträge  
166 nahmen deutlich zu und betreffen eine immer größer werdende Zahl von  
167 Erwerbstätigen. Aus „Fördern und Fordern“ wurde das fördern klammheimlich immer  
168 kleiner geschrieben, und damit die Beschäftigten diszipliniert.

169 Prekäre Arbeit bedeutet aber auch prekäres Leben. Immer mehr Menschen sind arm  
170 trotz Arbeit und auf staatliche oder familiäre Unterstützung angewiesen.

171 Die Auswirkungen auf die Betroffenen sind dramatisch: Sie können nicht planen, keinen  
172 Kredit für ein Auto bekommen, zum Teil nicht einmal einen Mietvertrag für eine  
173 Wohnung. Die finanzielle Unsicherheit und Unplanbarkeit prekärer Beschäftigung  
174 erschwert massiv die Lebensplanung besonders junger Menschen und ganz besonders  
175 die Familiengründung.

176 Arbeitslosigkeit bedeutet neben erheblichen materiellen Einschränkungen  
177 Ausgrenzung bzw. Verweigerung sozialer Anerkennung, weniger soziale Sicherheit und  
178 nicht zuletzt deutlich schlechtere Startchancen für die betroffenen Kinder. Der Mensch  
179 verliert seine Würde, sogar die Achtung vor sich selbst. Solche Erfahrungen gefährden  
180 viele Ehen, Partnerschaften und Freundschaften.

181 Wir als KAB müssen bei jeder Gelegenheit auf die unmenschlichen Erfahrungen dieser  
182 prekären Arbeitsverhältnisse hinweisen und auf ihren Rück- und Abbau durch Gesetze  
183 drängen.

184 Wir fordern die Abschaffung der unbegründeten Befristung von Arbeitsverhältnissen,  
185 eine Stärkung der Betriebsräte und ihrer Mitspracherechte und die effektive Einhaltung  
186 von Arbeitsrechtsstandards.

187 Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn muss nun umgehend umgesetzt und  
188 baldmöglichst auf 9,70 € erhöht werden.

189

190 **3a) Auswirkungen auf Familien:**

191 Als Arbeitnehmer- und Familienbewegung haben wir als KAB die besondere Aufgabe,  
192 gute Familienbedingungen zu schaffen - bzw. mitwirken.

193 Gerade diese prekären Arbeitsverhältnisse belasten, ja zerstören sogar Familien. Wer  
194 nur einen Minijob hat, kann davon nicht leben, manche haben deshalb mehrere solche  
195 Jobs. Sie werden hin- und hergerissen und haben sehr wenig Zeit für die Familie für  
196 gesellschaftliche und verbandliche Angebote und ehrenamtliches Engagement.

197 Es fehlen die Zeit für die Familie und Zeit für Erholung und die Ruhe, so dass es zu  
198 Überforderung, Burnout und anderen Erkrankungen führt. Lange Anfahrtszeiten zum  
199 Arbeitsplatz kommen als weitere Stress- und Kostenfaktoren als sehr belastend hinzu,  
200 besonders für Alleinerziehende.

201 Meist bringen solche Arbeitsverhältnisse nicht den familiengerechten Lohn, der von der  
202 Kath. Soziallehre schon seit 1891 eingefordert wird (RN34). Besonders kinderreiche  
203 oder Teilfamilien leiden unter zu geringem Einkommen. Dies hat wieder besonders auf  
204 die Entwicklung der Kinder negativen Einfluss, die auf für ihre gesunde Entwicklung  
205 wichtige Dinge verzichten müssen. Arme Kinder werden auch öfter krank und haben  
206 nachweislich schlechtere Bildungschancen.

207 Wir fordern eine sofortige deutliche Anhebung des Mindestbedarfs für Kinder.

208 Familien brauchen genügend Zeit, genügend und sicheres Einkommen und Infrastruktur,  
209 um ihre Kinder gut versorgen und erziehen zu können. Sie sollen sich frei entscheiden  
210 können, ob sie die Kleinkinder in der Familie betreuen oder in die Kita geben. Die Kosten  
211 dafür und für den Kindergarten müssen erschwinglich sein.

212 Die Wohnung muss der Familie entsprechen und bezahlbar sein; dazu brauchen wir ein  
213 Wiederaufleben des sozialen Wohnungsbaus und Mietobergrenzen, bes. in den Städten.  
214 Des weiteren setzen wir uns für einen verminderten Mehrwertsteuersatz für  
215 Familienprodukte ein.

216 Wir fordern pro Kind 6 Jahre Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung  
217 anzuerkennen sowie die Anerkennung von Pflegezeiten.

218 Diese wertvolle und notwendige Sorgearbeit wird von den Familien für die gesamte  
219 Gesellschaft erbracht und ist daher nicht allein von der Solidargemeinschaft der  
220 abhängig Beschäftigten, sondern von allen Bürgern und damit aus Steuermitteln zu  
221 bezahlen.

222 Prekäre Arbeit beeinträchtigt und zerstört Menschen in ihrer Würde, bringt  
223 Arbeitnehmer/innen und ihre Familien um ihre Existenz und untergräbt damit die  
224 Zukunft unserer gesamten Gesellschaft.

225 Arbeitnehmer/innen und ihre Familien brauchen gute, sichere und menschenwürdige  
226 Arbeitsplätze.

227

### 228 **3b) Auswirkungen auf die Rente**

229 Es ist ein ungeliebtes Thema, das zur Zeit von der Politik schmählich vernachlässigt wird  
230 - und doch muss sich jeder damit auseinandersetzen: Die Diskussionen über  
231 Lebensarbeitszeit, Renteneintrittsalter, Überalterung und Altersarmut zeigen, welche  
232 Brisanz in dem Thema steckt. Das steigende Altersarmutsrisiko begründet sich in den  
233 beschlossenen Rentenreformen, nach denen das Rentenniveau bis 2030 von derzeit 51  
234 Prozent auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinkt. 40 Prozent  
235 der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also auch über die gesetzliche  
236 Rentenversicherung Versicherte, betreiben keine private Altersvorsorge.

237 Um Altersarmut zu verhindern und die Rente für alle Bürgerinnen und Bürger zu  
238 sichern, fordert die KAB zusammen mit anderen katholischen Verbänden, den Umbau  
239 und die Erweiterung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer solidarischen  
240 Bürgerversicherung gemäß dem KAB-Rentenmodell.

241 Diese langfristige politische Aufgabe muss auf allen Verbandsebenen angegangen und  
242 die politisch Verantwortlichen müssen damit konfrontiert werden.

243

### 244 **3c) Ladenschluss und Sonntagsschutz**

245 Wir sehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter der zunehmenden  
246 Flexibilisierung der Arbeitswelt und dem Verlust gesellschaftlicher Zeitanker leiden.  
247 Wochenendarbeit wird immer mehr zum Regelfall. Es gibt kaum mehr verbindliche  
248 zeitliche Freiräume, die gemeinsame Planungen ermöglichen. Das trifft besonders  
249 Familien, aber auch alle anderen gesellschaftlichen Gruppen, deren Existenz auf dem  
250 gemeinsamen Erleben und Tun basiert, z. B. Vereine, Verbände, Parteien und  
251 Religionsgemeinschaften.

252 Die Ausweitungen der Verkaufszeiten im Handel gingen stets mit einem  
253 Arbeitsplatzabbau einher. Kleine Geschäfte konnten die erweiterten Öffnungszeiten  
254 nicht mittragen und verloren die Schlacht um die Umsätze an die Discounter. Die  
255 Discounter dünnten ihr Personal aus, um die gestiegenen Kosten aus den verlängerten  
256 Öffnungszeiten zu kompensieren.

257 Während die Konsumgüter produzierende Industrie Schichtarbeit und  
258 Wochenendarbeit meist mit dem Druck aus dem internationalen Wettbewerb  
259 begründet, argumentieren die Befürworter der Abschaffung des Ladenschlusses mit den  
260 vermuteten zeitlichen Servicewünschen der Kunden und der wachsenden Konkurrenz  
261 durch das Internet.

262 Wir sehen, dass die Menschen von heute ein weitgehend arbeitsfreies Wochenende  
263 benötigen. Familien brauchen die Möglichkeit, gemeinsame Zeit zu organisieren, Zeit,

264 die Beziehung und Kommunikation ermöglicht. Für alle Arbeitnehmer muss der Sonntag  
265 grundsätzlich frei sein, für Erholung, Besinnung und Gottesdienst.

266 In den vergangenen Jahren hat die Bayerische Staatsregierung den Schutz der Sonn- und  
267 Feiertage zunehmend gelockert und aufgeweicht. Im Bereich der Verkaufsoffenen  
268 Sonntage kam es zu einem Wildwuchs in Bayern, auch im Bistum Eichstätt. Viele  
269 Kommunen sind der Meinung, es stünde ihnen frei, an vier Sonntagen im Jahr die Läden  
270 zu öffnen. Die eigentlich strengen Maßgaben dafür finden oft keine Beachtung. Die  
271 Kontrollbehörden sehen darüber hinweg.

272 Wir setzen uns daher dafür ein, dass der Ladenschluss in Bayern erhalten bleibt und  
273 nicht ausgeweitet wird. Bestehende Schutzvorschriften müssen endlich umgesetzt  
274 werden. Insbesondere muss der Wildwuchs bei den verkaufsoffenen Sonntagen  
275 zurückgedrängt werden.

276 Wir fordern:

- 277 • Die Entscheidungskompetenz über verkaufsoffene Sonntage gemäß § 14  
278 Ladenschlussgesetz muss von den Kommunen wieder zurück zu den Bezirken  
279 verlagert werden.
- 280 • An den vier Sonntagen (Advent) vor dem 24.12. müssen die Läden geschlossen  
281 bleiben, auch wenn einer dieser Sonntage noch im November liegt.
- 282 • Die gesetzlichen Feiertage in Bayern müssen von der Ladenöffnung vollständig  
283 ausgenommen werden. Zusätzlich müssen der Ostersonntag und der  
284 Pfingstsonntag derart geschützt werden.
- 285 • Von der Bayerischen Staatsregierung fordern wir für Sondererlaubnisse zur  
286 Wochenendarbeit in der produzierenden Industrie einen strengst möglichen  
287 Maßstab anzulegen. Entscheidungen dazu müssen transparent und öffentlich  
288 kommuniziert werden.

289 Zur Erfüllung unserer Forderungen werden wir uns auch weiterhin in den Netzwerken  
290 der Allianzen für den freien Sonntag engagieren. Dazu stellen wir auch Zeit unseres  
291 hauptamtlichen Personals zur Verfügung. Wir qualifizieren ehrenamtliche  
292 Verantwortliche für die Mitarbeit in den Allianzen. Wir setzen uns innerhalb der Kirche  
293 dafür ein, dass kirchliche Einrichtungen die gesetzlichen Schutzvorschriften im  
294 Ladenschluss und Sonntagsschutz einhalten und so ihre Vorbildfunktion für die  
295 Gesellschaft erfüllen.